

Wir klagen an

WSL-Info I

Weltbund zum Schutze des Lebens
Sektion Deutschland

Politiker, Regierungen in Bund und Ländern, Sachverständige und „beauftragte Wissenschaftler“, die Atomindustrie und Elektrizitätswirtschaft, ihre Interessenverbände und Lobbyisten,

die deutsche Bevölkerung irreführen, durch Behauptung falscher und Unterdrückung wahrer Tatsachen über die wirklichen Nachteile, Gefahren und Schäden der Atomenergie, die öffentliche Meinung zu beunruhigen, das Vertrauen in unsere Staats- und Gesellschaftsordnung zu gefährden und dadurch unverantwortlich

- a) der deutschen Volkswirtschaft schwere Belastungen aufzuerlegen, insbesondere in Form riesiger Subventionen aus Steuergeldern (bisher etwa 20 Milliarden Mark) für die kostspieligste und gefährlichste Technologie, die je erdacht wurde,
- b) wesentlich dazu beizutragen, daß Leukämie, jede Art von Krebserkrankung und mannigfache Erbkrankheiten über viele Generationen mit allen traurigen Folgen für die Betroffenen und erhöhten Soziallasten vermehrt auftreten.

Begründung

Es ist nicht wahr

daß die Probleme der industriellen Anwendung der Atomenergie von den verantwortlichen Politikern und Sachverständigen objektiv, sorgfältig und pflichtgemäß behandelt werden.

Prof. Dr. U. Lohmar, ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages u. des Verwaltungsrates des Deutschen Atomforums, Bonn, spricht mit dem Skat Ausdruck vom vereinbarten „Mauern“ bei Hearings (Prot. v. 5. 12. 1973 zum „Technology Assessment“, S. 19) und berichtet von einer Anhörung im Atomenergiebereich:

- „... einige der Sachverständigen sind vorher und nachher zu mir gekommen und haben mir gesagt: „Hören Sie zu, meine Meinung in der Frage ist die und die, aber ich kann das aus den und den Gründen nicht im Ausschuß sagen und werde dies nicht tun, aber Sie sollten es wissen.“ —

Bundestagsabgeordneter Dr. Herbert Gruhl bemängelt, der Deutsche Bundestag habe über die Atomenergie niemals eine Entscheidung unter Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen. Im Laufe der bisherigen Parlamentsdebatten habe man die Probleme und Risiken der Kernenergie immer abends zur Sprache gebracht, als praktisch keine Aufmerksamkeit mehr vorhanden war. (Dt. Bundestag, 215. Sitz., 22. 1. 76, Protok. S. 14915/16).

Es ist nicht wahr

daß „ständiges Wirtschaftswachstum“, Energiebedarf und Bruttosozialprodukt als „wichtigste Kennziffern“ der modernen Industriegesellschaft gesunde wirtschaftliche und soziale Verhältnisse gewährleisten.

Prof. Dr. K. Biedenkopf: Bei der Vorstellung, Wirtschaftspolitik habe dem Wachstum zu dienen, sei nicht immer klar, „welchen weiteren Zwecken dieses Wachstum dient“. (FAZ, 6. 7. 68.) — Prof. Dr. Ernst Schnelder, ehemals Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, spricht vom „Wachstumswahn“. (FAZ, 21. 2. 75.) — Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB, erklärt: Die Grenzen d. Wachstums sind keine Erfindung lebensfremder Philosophen, sondern bittere Wahrheit. Die Wachstumsfanatiker haben mehr an die Quantität als an die Qualität des Wachstums gedacht. (FAZ, 3. 2. 75.) — Prof. Dr. Werner Helsenberg, Atomphysiker und Nobelpreisträger, sagte in seiner Festrede zur 500-Jahrfeier der Münchner Maximilians-Universität:

- „Noch gilt das Wachstum der jährlich produzierten Warenmenge als das wichtigste Kriterium für gesunde Wirtschaft. Aber es könnte in naher Zukunft der Zeitpunkt kommen, zu dem eine Abnahme dieser Warenmenge des Menschen Wohl dienlicher wäre als ihre Zunahme und zu dem man sorgfältig wird unterscheiden müssen zwischen Waren, die unbedingt notwendig sind, und anderen, die man auch gut entbehren kann ... denn der gegenwärtige Zustand ist ganz sicher nicht stabil, und die Frage lautet nur, ob der Bremsweg noch reicht, um schwere Katastrophen zu vermeiden.“

Dr. Marlon Gräfin Dönhoff, Herausgeberin der ZEIT, stellt zutreffend fest, wir könnten aus der hochgetriebenen Industriegesellschaft gewiß nicht mehr umsteigen ins „einfache Leben“; aber ein neuer Lebensstil, der wesentlich auf Selbstbeschränkung und Konsumdisziplin beruhe, sei absolut notwendig. Die Erwartungswerte im individuellen wie im Leben der Gesellschaft sollten nicht künstlich hochgespielt werden. (DIE ZEIT, 7. 12. 73).

Der Wahn „ständigen Wirtschaftswachstums“ würde bei jährlich 5%iger Zunahme des totalen Bruttosozialproduktes der Welt bis Ende des nächsten Jahrhunderts zu einer 500fachen Steigerung führen. Bis dahin wäre die Welt längst in eine riesige Müllkippe verwandelt, das Ökosystem vernichtet und unser Untergang gewährleistet. Die Verschmutzung des Rheins, der „größten Kloake Europas“, aus der mehr als 20 Millionen Menschen ihr Trinkwasser beziehen, nimmt bei fortschreitender Industrialisierung ebenso zu wie die Schwermetalle in der Atemluft. Jeder weitere Aufschub von Sanierungsmaßnahmen führt uns bei fortschreitender Industrialisierung näher an die Katastrophe heran und erhöht die Sanierungskosten um ein Vielfaches. Dennoch propagiert Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs die irrealen These vom „permanenten Wirtschaftswachstum“.

„Führende Männer“ in Politik u. Wirtschaft begreifen offenbar nicht, „daß wir auf einem Planeten mit begrenzten natürlichen Ressourcen leben mit einer begrenzten Aufnahmefähigkeit für Abfall“, (Prof. Dr. Hannes Alfvén, Physiker u. Nobelpreisträger, Critical Mass, Nov. 74), und „endloses materielles Wachstum in einer endlichen Welt widersinnig ist.“ (Dr. E. F. Schumacher, langjähriger Berater des British Coal Board, in seinem Buch „Es geht auch anders, jenseits des Wachstums“, 1974, S. 11.)

Es ist nicht wahr

daß die natürlichen Energieträger bald erschöpft sind und „Energiekrise“ und „Energienotlage“ drohen: „Nur deshalb, weil befürchtet wird, daß sich die Vorräte an fossilen Brennstoffen erschöpfen, wäre daher auf absehbare Zeit eine Zuwendung zur Kernenergie nicht gerechtfertigt ... Energie steht also reichlich zur Verfügung.“ (Prof. Dr. H. Michaelis, Deutsches Atomforum, S. 6, Dez. 1972.) Bei konstantem Jahresverbrauch von 79 Millionen t reichen die sicheren Steinkohlereserven in der BRD noch weitere 560 Jahre, während die Braunkohle bei 38 Mio t Jahresverbrauch für 450 Jahre ausreichen würde. (Staatssekretär Dr. Volker Hauff, Bulletin d. Presse- u. Informationsamtes d. Bundesregierung, Nr. 90, 11. 7. 75, S. 157.) Bei gleichbleibendem Verbrauch der späten 70er Jahre könnten die geschätzten Gesamtreserven aller fossilen Brennstoffe in der Welt für etwa 15 Jahrhunderte reichen, wobei die Kohle etwa $\frac{3}{4}$ der Gesamtmenge betragen würde.“ (Umweltbrief, Nr. 10, v. 18. 11. 74, Hg.: Bundesministerium d. Innern.)

Damit widerlegt die Bundesregierung die Falschpropaganda des Ministers H. Matthöfer, wonach „unsere fossilen Brennstoffvorräte in einigen Jahrzehnten verbraucht sind“. (DER SPIEGEL, Nr. 17, 19. 4. 76, S. 33.) Dem Minister mangelt es an Sachverstand. Als Abgeordneter hat er das bei Fragen zur Atomenergie zugegeben: „Leider kann ich den mir übersandten Fragebogen so nicht beantworten, weil ich nicht genügend Sachverständnis bin. Sollte die Frage in der Tat den Deutschen Bundestag beschäftigen, würde ich geneigt sein, dem Rat meines Freundes Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert zu folgen.“ (Schreiben v. 27. 6. 72.)

Prof. Bechert, langjähriges Mitglied des Dt. Bundestages u. Vorsitzender des Atomenergieausschusses, gehört bekanntlich zu den entschiedensten Gegnern der Atomenergie. Der Bundeskongreß der Jungsozialisten (26. bis 28. 3. 76 in Dortmund) forderte:

- „Die Bundesregierung hat sofort die Volksverdummungskampagne des Forschungsministeriums einzustellen, das mit Millionenbeträgen der Steuerzahler die ‚Aufklärungsarbeit‘ der Energiekonzerne unterstützt.“

Es ist nicht wahr

daß in der Bundesrepublik vernünftige, verantwortungsbewußte Energiepolitik betrieben wird. Der Atom- und Elektrizitätswirtschaft geht es um Steigerung des Elektrizitätsverbrauchs um jeden Preis: „Der Teufel einer drohenden Energienotlage ist an die Wand gemalt und die Milliarden für die Atomforschung sollen sich auszahlen.“ (Abg. Dr. F. Haenschke, Notwendige Feststellungen zu einem aktuellen Thema, 25. 10. 73.) Die Energiewirtschaft fürchtet eine geringere Energienachfrage: „Im Zusammenhang mit der derzeitigen Wirtschaftslage in Europa besteht die Gefahr, daß sich die Elektrizitätsnachfrage verlangsamt ...“ Starke Verbrauchsförderung und Nachfrageanstieg („Absatzförderung mit Kernkraftausbau koordinieren“, Ztg. f. kommunale Wirtschaft, München, 17. 1. 75, S. 3) dienen dem „massiven Einsatz der Kernenergie“. (Bulletin d. Europ. Gemeinschaften, Beilage 5/74, S. 11.) Die Energiepolitik der Bundesrepublik präsentiert sich „als die Hohe Schule des Interventionismus, und zwar falscher Eingriffe, als Schauplatz von Machtkämpfen und politischen Fehlentscheidungen ... Es macht sie auch zum Spielball von Interessen, zur Domäne der Fachleute und Techniker“ (Prof. Dr. W. Hallstein, viele Jahre Präsident d. Kommission d. Europ. Wirtschaftsgemeinschaft, „Der unvollendete Bundesstaat“, 1969, S. 171.)

Es ist nicht wahr

daß „Atomstrom“ billiger ist als Elektrizität aus kohle- oder ölbefeuerten Kraftwerken. Durch das Märchen vom „billigen Atomstrom“ wurde die Bevölkerung jahrzehntelang irreführt. Der damalige Bundesforschungsminister Dr. G. Stoltenberg, als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein verantwortlich, daß die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie mit Polizeiknüppeln, „chemischer Keule“ und Stacheldraht gegen gewaltlosen Widerstand der Bürger erzwungen werden soll — ein Hohn auf den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel —, ließ im November 1968 ein Faltblatt an alle Haushaltungen verteilen „Die Bundesregierung informiert“:

- „In der Tat werden Anfang des nächsten Jahrzehnts auch in Deutschland die in Betrieb gehenden großen Kernkraftwerke von Würgassen und Stadel elektrische Energie zu einem merklich niedrigeren Preis erzeugen wie Öl- und Steinkohlekraftwerke vergleichbarer Standorte. Der von den Herstellerfirmen garantierte Stromerzeugungspreis liegt etwa $\frac{1}{2}$ Pf. je Kilowattstunde niedriger als bei den herkömmlichen Wärmekraftwerken. Dies führt für jede Anlage zu jährlichen Minderausgaben für die erzeugte Energie von 15 bis 20 Mill. DM.“ —

Schon 1959 sprachen Sachkenner vom „Ratespiel um die Atomstromkosten“. (atw, Juni 1959, S. 261.) Der Präsident d. British Energy Society, H. H. Gott, bestätigte, „viele Reaktoren, die auf dem Papier wirtschaftlich erscheinen, würden sich in der Praxis als unwirtschaftlich erweisen.“ (VDI-Nachr., Nr. 28, 19. 9. 73.) Und der Präsident der American Nuclear Society, Roddis, warnte schon 1971 vor Illusionen: „So gehören Vorstellungen, Strom aus der Atomenergie werde billiger Strom sein, der Vergangenheit an.“ (Lehrgeleit f. Kernkraftwerke, FAZ, 9. 11. 74.)

Dazu auch das Eingeständnis von Prof. K. Winnacker, ehemals Vorstandsmitglied der Farbwerke Hoechst AG, Ehrenpräsident des Deutschen Atomforums, und Prof. K. Wirtz, Kernforschungszentrum Karlsruhe:

- „Doch auch die Brennstoffkosten der Kernenergie sind noch nirgendwo auf der Welt exakt erfaßt worden. Die Preise für die Anreicherung, die man insbesondere in den USA zahlen muß, sind politische Preise, die überdies noch dadurch verwischt sind, daß sie mit den großen militärischen Anlagen in Zusammenhang stehen. Über die Wiederaufbereitungsanlagen der ausgebrannten Brennstoffe, die Rückführung von Uran und Plutonium und die gefahrlose Beseitigung der radioaktiven Rückstände, also insgesamt über den Brennstoffkreislauf, weiß man noch viel zu wenig. Es ist aber zu hoffen, daß eines Tages die Brennstoffkosten für Kernkraftwerke niedriger sein werden als die von konventionellen Anlagen.“ (Winnacker/Wirtz, „Das unverstandene Wunder, Kernenergie in Deutschland“, 1975, S. 203.)

Es ist nicht wahr

daß die künstliche Radioaktivität nur einen Bruchteil der natürlichen Umgebungsstrahlung beträgt und nicht schadet. Die Propaganda für die Atomenergie ignoriert und verharmlost die schon vor Jahrzehnten wissenschaftlich beglaubigten verheerenden Gefahren der radioaktiven Umweltverschmutzung durch Atomenergie. Von den negativen Effekten schon der natürlichen (kosmischen und terrestrischen) Strahlung erwähnt Prof. Dr. B. Rajewsky:

- „die lebensverkürzende Wirkung, die Einwirkung auf das Blutbild und die Blutbildungsstätten, die krebserzeugende Wirkung und die Auslösung von Mutationen ... Streng genommen muß die Aufgabe des Strahlenschutzes darin bestehen, jede weitere Strahlenbelastung neben der natürlichen unmöglich zu machen ... Das wird jedoch niemals der Fall sein.“ (B. Rajewsky, „Wissenschaftliche Grundlagen des Strahlenschutzes“, 1957, S. 5 — Zusammenfassung d. „Symposiums über die wissenschaftlichen Grundlagen des Strahlenschutzes“, 6. bis 8. 6. 1956, Frankfurt/Main.)

Jede radioaktive Strahlung — ob natürlich oder künstlich — ist „lebensfeindlich“ (Prof. Dr. H. Fritz-Niggli), künstliche Radioaktivität schadet also zusätzlich. Der verharmlosende Vergleich zwischen natürlicher und künstlicher Strahlung ist aber unstatthaft. Die natürliche Radioaktivität besteht

- „zu mehr als 80 % aus materieloser Strahlung, die zum größten Teil durch unseren natürlichen Schutzschild Haut abgewehrt wird. Bei der Kernenergienutzung werden jedoch strahlende Materieteilchen freigesetzt, die in den Körper eingebaut werden und dort lebenswichtige Organe aus nächster Nähe bestrahlen können.“ (Abg. Dr. F. Haenschke, Deutscher Bundestag, 215. Sitzung, 22. 1. 1976, Protok. Seite 14919.)

In der Natur gibt es z. B. kein Plutonium 239 (den Bombenbaustoff, das giftigste Element, Halbwertszeit 24 000 Jahre, das bei jeder Kernspaltung entsteht. 1 Millionstel Gramm kann Lungenkrebs erzeugen). Jeder 1000-Megawatt-Reaktor produziert jährlich 250 bis 300 kg, ein „Schneller Brüter“ enthält 2 bis 3 Tonnen. Der amerik. Reaktorspezialist, Nobelpreisträger Prof. Wigner, hat Angst vor Plutonium u. dem „Schnellen Brüter“, der ein Gefahrenpotential von drei Tonnen Typhusbazillen enthalte. Gegen Typhus gibt es Medikamente, gegen Plutonium und jede Art von Radionukliden in der Biosphäre dagegen keinen Schutz. Ebenso gefährlich sind Strontium 90 (Vergleich von Knochenkrebs) und Radiojod (gefährlich für die Schilddrüse, insbesondere von Kindern). Die im gesamten „nuklearen Kreislauf“ — Uranerzbergbau — uranhaltige Erzfällhaltungen — Anreicherungsanlagen — Atomreaktoren — Wiederaufbereitungsanlagen — Atommüll-Deponien — freigesetzten Radionuklide können sich in der Biosphäre, vor allem in den „Nahrungsketten“, auf die der Mensch angewiesen ist, um das Mehrtausend- bis Millionenfache akkumulieren, ein Vorgang, den die natürliche Umgebungsstrahlung nicht kennt: „Bei dem verhältnismäßig kleinen Reaktor Gundremmingen fand man in der ersten Staustufe erhebliche Anreicherungen von Cäsium 37 000fach in den Sedimenten.“ (Dr. med. habil. B. Mansteln, Viertes Deutsches Atomrechts-Symposium, 1975, S. 368.) Die Fische enthielten dort in Fleisch u. Knochen 300 bis 3500fache radioaktive Konzentrationen des Wassers. (Öffentl. Anhörung „Das Risiko Kernenergie“, Innenausschuß d. Deutschen Bundestages, 2./3. Dez. 1974, Protok., Seite 11.)

- „Fische, die unterhalb des Atomkraftwerks Obrigheim gefangen wurden, hatten fünfmarkgroße krebsartige Geschwüre und waren genetisch schwer geschädigt. Die Augen waren verschoben, Flossen saßen an der falschen Stelle usw.“ (Wyhl, Kein Kraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends, Betroffene Bürger berichten, 1976, S. 24.)

Es gibt keine unschädliche Dosis. Der „lineare Dosiseffekt ab Null“ liegt auch allen Empfehlungen der „Internationalen Strahlenschutzkommission“ (ICRP) zugrunde. Für den Nachweis der Erbschädigung durch kleinste Mengen von Radioaktivität erhielt Prof. Dr. H. J. Muller (USA) 1946 den Nobelpreis. Er wurde aber von der 1. Genfer „Internationalen Konferenz über die friedliche Nutzung der Atomenergie“, 1955, ausgeschlossen, weil er die Öffentlichkeit über katastrophale Erbschäden durch radioaktive Strahlung informieren wollte. Der deutsche Genetiker Prof. Dr. A. Barthelmeß kommentierte 1959:

- „und es stimmt schon sehr bedenklich, daß Muller, obwohl Nobelpreisträger und anerkannt der ‚erste‘ Mann auf diesem Gebiet der Strahlen-genetik als prominentester Vertreter der amerikanischen Abordnung ... nicht sprechen durfte.“ (A. Barthelmeß, „Gefährliche Dosis?, Erbgesundheit im technischen Zeitalter“, 1959, S. 127.)

Radioaktivität gelangt schon bei „Normalbetrieb“ atomtechnischer Anlagen in die Umwelt. Erheblich höhere Mengen treten bei Störfällen u. Leckagen auf. Prof. Barthelmeß erwähnt die Unglaubwürdigkeit von Angaben über die Strahlenbelastung der „Umgebungsbevölkerung“ von Atomkraftwerken. (Viertes Deutsches Atomrechts-Symposium, 1975, S. 372.) Die Gesamtzahl überdurchschnittlich strahlenexponierter Personen werde weiterhin von Jahr zu Jahr zunehmen. (A. Barthelmeß, a.a.O., S. 311.)

Die Propaganda-Behauptungen über die „mittlere Bevölkerungsdosis“ sind statistische Leerformeln und sagen nichts aus über die tatsächliche Gefährdung der Bevölkerung, insbesondere in der Umgebung atomarer Anlagen, hier wiederum in stark erhöhtem Maße des werdenden Lebens, von Kindern u. Jugendlichen. Auch das wußte man schon vor mehr als 20 Jahren:

- „Besondere Berücksichtigung bei allen Fragen des Strahlenschutzes bedarf die außerordentlich hohe Strahlenempfindlichkeit der Leibesfrucht gegenüber durchdringender Strahlung ... Der Schutz des keimenden Lebens vor jeglicher Strahlenbelastung im Frieden und im Krieg ist ein dringendes Postulat.“ (U. Feine u. O. Hug, „Die pathologische Anatomie der akuten Strahlenschäden“, in B. Rajewsky, a.a.O., S. 101.)

Auch über die Folgen der Erbschäden durch Radioaktivität ist sich die Wissenschaft seit Jahrzehnten klar:

- „Strahlendosen bis herab zu niedrigen Intensitäten lösen im Erbgut Mutationen aus ... Vor allem durch Summation vitalitäts-herabsetzender Mutationen kommt es in langen Generationenreihen zu Krankheit, Hilfsbedürftigkeit und vorzeitigem Tod zahlreicher Individuen ... dann ergibt sich für ... die betroffene Familie Sorge, Last, Leid und schließlich für den Staat eine stehende finanzielle Belastung durch die Sozialfürsorge.“ (Prof. Dr. Dr. H. Marquardt, „Die Toleranzdosis vom genetischen Standpunkt gesehen“, in B. Rajewsky, a.a.O., S. 226/28.)

Der Genetiker R. W. Kaplan hebt hervor, daß es für die physiologischen Strahlenschäden ebenso wie für die genetischen keine Toleranzgrenze gibt, und warnt, „daß wir heute mitentscheiden über das, was die Menschheit in den nächsten 1000 Jahren an Erbkrankheiten und erblich bedingtem Versagen erleiden wird.“ (In B. Rajewsky, a.a.O., S. 233.)

Die Bundesregierung weigert sich beharrlich, die Anzahl geburtlicher Mißbildungen, der Leukämie- u. Krebsfälle im Umkreis atomarer Anlagen festzustellen u. das Ergebnis einer internationalen Kommission unabhängiger Wissenschaftler vorzulegen. Das ist um so unverantwortlicher, als im Bezirk Gundy (USA) im Umkreis des „Dresden-Reaktors“ eine erhöhte Zahl unreifer Geburten festgestellt wurde. Zwischen dem Ausstoß radioaktiver Gase u. der erhöhten Kindersterblichkeit in der Umgebung anderer atomarer Anlagen gegenüber Vergleichsgebieten besteht ein statistisch signifikanter Zusammenhang. (Dr. P. Welsh, Dr. E. Gruber, „Atomenergie u. Umweltsituation, 1973, S. 62.)

Auch über alle anderen Bereiche der Atomenergie erfährt die Bevölkerung durch die offizielle Propaganda nicht die Wahrheit.

Es ist nicht wahr

daß die Probleme der Wiederaufbereitungsanlagen gelöst seien. Wiederaufbereitungsanlagen für Reaktorbrennelemente emittieren an Radioaktivität das 10- bis 1000fache der von ihnen „betreuten“ Atomkraftwerke (etwa 50):

- „Wir wissen doch, daß erst ein technisch machbarer und wirtschaftlich vertretbarer Weg gesucht wird, um bei den Wiederaufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe die viel zu hohen Dosen von Radiojod und Radiodrypton in der Luft drastisch zu verringern.“ (Abg. Dr. F. Haenschke, Leiter d. Arbeitsgruppe ‚Reaktorsicherheit u. Strahlenschutz‘ im Innenausschuß d. Bundestages, 10. 10. 74.)
- „Daß es eine Menge Schwierigkeiten technischer Art gibt, daß es insbesondere eine Menge Probleme wirtschaftlicher Art bei der Wiederaufbereitung gibt, das ist nur allzugut bekannt.“ (Prof. Dr. Levi, wissenschaftlich-technischer Geschäftsführer des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung, Berlin, Anhörung „Das Risiko Kernenergie“, Innenausschuß d. Deutschen Bundestages, 2./3. Dez. 1974, Protokoll, S. 48.)

Deshalb konnte nicht überraschen:

- „Auf Anfrage erklärte der Vertreter des TÜV's, daß eine Beschränkung der Weidewirtschaft mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nicht eintrete, die Milch in der direkten Umgebung der Fabrik (Anm.: gemeint ist die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen) müsse jedoch besonders vermarktet und laufend untersucht werden, und hierfür könne nur ein besonderer Personenkreis in Frage kommen.“ (Vermerk über die Sitzung vom 23. 1. 76 in Aschendorf, Kreishaus, Thema: Atommülldeponie sowie Kernbrennstoffaufbereitungsanlage auf dem Hümmling.)

Woran denken die Verantwortlichen bei dem „besonderen Personenkreis“ als Verbraucher radioaktiv verseuchter Milch? An Gefangene oder die Insassen von Altersheimen?

Es ist nicht wahr

daß die Probleme der sicheren Endlagerung hochradioaktiven Atommöls über Jahrhunderttausende gewährleistet ist, sondern eine ungeheure Anmaßung gegenüber kommenden Generationen, eine absurde Illusion und der Gipfel der Verantwortungslosigkeit:

- „Das grenzüberschreitende Gefährdungspotential, aber auch die praktizierten Beseitigungsmethoden (z. B. internationaler Versenkungsaktionen auf hoher See) machen deutlich, daß die nationale Verantwortlichkeit bei einer Bundesbehörde liegen muß; ein weiteres wesentliches Argument ist die erforderliche Langzeitliquidität (Größenordnung einige hunderttausend Jahre!), die nicht privatwirtschaftlich, sondern nur durch stets existierende staatl. Stellen gewährleistet werden kann.“ („Sicherheit kern-technischer Einrichtungen und Strahlenschutz“, Seite 198 im Kleindruck, Dez. 1974, Hg.: Bundesminister des Innern.)

Es ist nicht wahr

daß die Sicherheitsprobleme der atomaren Großtechnik als gefährlichster Technologie, die je erdacht wurde, gelöst seien. Man ist auf Spekulationen und Annahmen über Reaktorkatastrophen angewiesen:

- „Bei der Analyse eines Unfalles wird vorausgesetzt, daß die für diesen Fall vorgesehenen zusätzlichen Sicherheitseinrichtungen völlig intakt bleiben ... Es wird insbesondere angenommen, daß die Pröflichkeitigkeit des Sicherheitsbehälters und der Wirkungsgrad der Luftfilteranlagen durch den Unfall nicht herabgesetzt werden ... Quantitative Abschätzungen von Unfallwahrscheinlichkeiten sind jedoch außerordentlich schwierig, und es liegen bisher nur erste Ansätze vor“ (Radioaktive Stoffe und Trinkwasserversorgung bei nuklearen Katastrophen, Bundesminister des Innern, Nov. 1971).

Die sog. Rasmussen-Studie aus den USA, auf die sich die Propaganda für die Atomenergie beruft, wurde sogar von Befürwortern der Atomenergie, wie z. B. dem Miterfinder der Wasserstoffbombe, Prof. Bethe, als unbrauchbar für die Beurteilung von Sicherheitsrisiken abgelehnt. (Offene Fragen d. Reaktorsicherheit, FAZ, 23. 7. 75.)

- „Der Leichtwasserreaktor birgt ein Risiko, gegen das Sicherheitsvorkehrungen nahezu machtlos sind. Das ist das Bersten des Druckkessels. Bei einem explosionsartigen Freiwerden von Radioaktivität ist eine große Katastrophe nicht zu vermeiden ...“ (Prof. Dr. von Ehrenstein, Anhörung „Das Risiko Kernenergie“, Innenausschuß d. Deutschen Bundestages, 2./3. 12. 74, Protok. S. 28.)

Ebenso wie die amerikanische Nuclear Regulatory Commission (NRC) fordert Prof. Dr. von Ehrenstein die eingehende Kontrolle der gelstigen Gesundheit von Kernfachleuten und Atomkraftwerkangestellten. (Anhörung, 2./3. 12. 74, Protok. S. 29.)

Es ist nicht wahr

daß die Öffentlichkeit über den atomaren Bereich vollständig und tatsachengetreu unterrichtet wird. Bundesinnenminister Prof. Dr. W. Malhofer, verantwortlicher „Umweltschutzminister“ — sein Vorgänger H. D. Genscher war Mitglied des Präsidiums des Deutschen Atomforums —, erwähnt in seiner amtlichen Veröffentlichung „Sicherheitstechnische Einrichtungen und Strahlenschutz“ (Dez. 1974) keinen einzigen der zahlreichen Zwischenfälle in atomtechnischen Anlagen vor 1971, wie z. B. die großflächige Überschwemmung durch plutoniumverseuchtes Wasser in einem Dekontaminationsbetrieb, das ins freie Gelände überlief u. teilweise in die Regenwasserkanalisation abfloß. (Jahresbericht der Gewerbeaufsicht f. Baden-Württ. 1969) oder die Plutoniumverseuchung auf dem Versuchsgelände einer Reaktoranlage durch ein Leck in der Ummantelung eines Brennstoffstabes. (Jahresber. d. Gewerbeaufsicht Baden-Württ. 1969.) Die übrigen Angaben sind z. T. unvollständig und irreführend.

Es ist nicht wahr

daß für Schadensersatzleistungen bei nuklearen Katastrophen Vorsorge geschaffen sei. Eine Reaktorkatastrophe mit vielfach Hunderttausenden von Toten, unheilbar Kranken, grauenhaften Erbschäden und der Unbewohnbarkeit weiter Gebiete über viele Jahre kann morgen eintreten. Der Staat beschränkt seine Schadensersatzpflicht auf insgesamt 1 Milliarde DM, d. h. auf die gesetzliche Haftpflichtversicherung für 500 Pkw's. Die weitaus meisten Geschädigten, aus deren Steuer-Milliarden die sog. Kerntechnik finanziert wird, würden ihrem Schicksal überlassen bleiben.

Wir fordern daher

Schluß mit der Atomenergie. Sie zieht — bei Erschöpfung der Uranreserven in etwa 20 Jahren — kapitalintensive, auf Rationalisierung angewiesene Folgeindustrien nach sich u. schafft keine Arbeitsplätze. Zurück zur heimischen Kohle als absolut sichere Energiequelle, die weitgehend umweltfreundlich genutzt werden kann und Arbeitsplätze in Bergbau u. Zulieferer-Industrie sichert.

Es ist lächerlich, von einer „Energiekrise“ zu sprechen, wenn 20 Mio t Steinkohle auf Halde liegen, reichlich billiges schweres Heizöl angeboten wird u. moderne, ölbefeuerte Kraftwerke stillliegen.

Entwicklung umweltfreundlicher Technologien
wie Sonnenenergie, Erdwärme, Windkraft usw. und Entwicklung energiesparender Techniken.

Schluß mit Polizeiknüppeln, „chemischer Keule“ und NATO-Stacheldraht zur „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie.

Die Wahrheit über die Atomenergie. Der „mündige Bürger“ hat in einer „Informierten Gesellschaft“ mit einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ Anspruch auf tatsachengetreue Unterrichtung.

Schluß mit der Volksverdömmung.

**Unterstützt den legalen Widerstand gegen die Pläne der Atomgeschäftsleute!
Helft, unsere Informationen immer weiter zu verbreiten!**

Verantwortlich für den Inhalt: Ernst-Otto Cohrs, Mitglied des Präsidiums WSL - Deutschland.
Herausgegeben vom Weltbund zum Schutze des Lebens e. V. WSL - Deutschland, 4973 Vlotho/Weser.

Spendenkonto: Landessparkasse Oldenburg, 29 Oldenburg, Konto Nr. 012 - 109 005, Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307.
Schutzgebühr: DM —, 50 100 Expl. DM 28,— + Porto.